

# Zwei Jahrzehnte Diskussion um staatliche Erinnerungssymbole in Bonn und Berlin

Horst Seferens

*Immer wieder haben sich die Gedenkstätten mit zentralen, nationalen Mahnmalen auseinandergesetzt. In einem offenen Brief, der im GedenkstättenRundbrief Nr. 14/1986 abgedruckt war, wurden die Pläne, in den Bonner Rheinauen eine »zentrale Mahn- und Gedenkstätte für die Opfer der Kriege und Gewaltherrschaft« zu schaffen, heftig kritisiert. Statt dessen heißt eine Überschrift im GedenkstättenRundbrief Nr. 17/1986 »Statt Mahnmal in Bonn Gedenkstätten vor Ort«.*

*Auch über das vor allem von Lea Rosh und Eberhard Jäckel in die Diskussion gebrachte Denkmal für die ermordeten Juden Europas wurde lange und intensiv diskutiert. Der erste Briefwechsel hierzu im Archiv des Gedenkstättenreferats ist datiert vom 12. August 1988. Neben vielen inhaltlichen und ästhetischen Kritikpunkten wurde vor allem moniert, dass mit dem Mahnmal plus Ort der Information ein »künstlich authentischer Ort« geschaffen wird, der durch die Nutzung der Metatheorie des Holocaust nicht nur zu einer Loslösung der Geschichte des Judenmords aus dem historischen Zusammenhang, sondern auch zu einer Folklorisierung der Beschäftigung mit der Geschichte und zu einer Herabstufung der übrigen Opfer der NS-Diktatur führt. Siehe hierzu etwa im GedenkstättenRundbrief zuletzt den Beitrag von Günter Morsch (Nr. 89/1999).*

*Trotz aller berechtigter Kritik an »Holocaust-Education« und nationalem Denkmal plus Erläuterung bleibt die sachliche Frage offen, wie die Gedenkstätten in Deutschland, die die Beschreibung der konkreten Geschichte an ihren Tatorten in den Mittelpunkt ihrer Arbeit stellen, sich dazu verhalten, dass die quantitativ und qualitativ größten Verbrechen des Nationalsozialismus, Judenmord und »Germanisierung«, an weit entfernten Stätten durchgeführt wurden.*

In den späten siebziger und achtziger Jahren ist in der Bundesrepublik durch bürgerschaftliches Engagement ein dezentrales Netz von Mahnmalen und Gedenkstätten an den Verbrechenorten des Nationalsozialismus entstanden, das von der Absicht motiviert war, die Relikte der Tatorte zu erhalten und zu kennzeichnen und über die Opfer, die Taten und die Täter zu informieren. Im Mittelpunkt stand vielfach das aufklärerische Interesse, ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass die Verbrechen vor Ort geschehen sind, in der Mitte der Gesellschaft und aus ihr heraus. Dies führte häufig zu Konflikten und erregte den Widerstand von Bürgern, Lokalpolitikern und Kommunalverwaltungen. Gleichzeitig betrachteten die Aktivisten der »Geschichtswerkstätten« und regionalen Gedenkstätteninitiativen nationale Großprojekte eines zentralen, staatlichen Gedenkens wie die seit Anfang der achtziger Jahre diskutierte »Gedenkstätte für die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft« in Bonn<sup>1</sup>, mit größtem Misstrauen, befürchtete man doch, dass hier das genaue Gegenteil konkreter Erinnerung betrieben werde, nämlich die gefühlig-unverbindliche Beschwörung einer großen Opfergemeinschaft von »Gefallenen« und KZ-Toten. »Wie können an gleicher Stelle Anne Frank und Rudolf

*Dr. Günter Morsch, Direktor der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten und Leiter der Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen, hatte zugesagt, diesen Beitrag zu verfassen. Wegen eines Unfalls konnte er dieses Versprechen nicht einhalten. Dr. Horst Seferens hat sich dankenswerter Weise kurzfristig bereit erklärt, seinem Part zu übernehmen.*

Höb geehrt werden«, lautete die provozierende Frage, die das Gedenkstättenreferat der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste 1986 in einem Offenen Brief an die Vorsitzenden der Bundestagsfraktionen richtete.<sup>2</sup>

Die maßgeblich vom damaligen Bundeskanzler Helmut Kohl forcierte und am Volkstrauertag 1993 eröffnete Gedenkstätte für die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft in der Schinkelschen Neuen Wache Unter den Linden in Berlin, der neuen Hauptstadt des geeinten Deutschland, bestätigte zwar nicht alle Befürchtungen, aber mit dem Missgriff der »aufgeblasenen« Kollwitz-Pietà und den erläuternden Fußnoten der Widmungsinschrift entstand ein höchst problematisches Konglomerat: »selbstmitleidiger Betroffenheitskitsch«, wie die FAZ befand.<sup>3</sup>

Es war jedoch ein anderes Denkmalprojekt, das – als unmittelbare Folge der Fehlentscheidungen bei der Neuen Wache – eine Grundsatzdebatte<sup>4</sup> über die deutsche Erinnerungskultur entfachte, die auf ihrem Höhepunkt die gewachsene dezentrale Gedenkstättenlandschaft weitaus stärker in Frage stellte als irgendeine geschichtspolitische Diskussion zuvor. Als eine Bürgerinitiative um die TV-Journalistin Lea Rosh und den Historiker Eberhard Jäckel 1989 einen Aufruf für ein »Denkmal für die ermordeten Juden Europas« startete, stieß dies auf den erbitterten Widerstand der verschiedenen Berliner Gedenkstätteninitiativen. Lea Rosh und ihre Mitstreiter hatten als Standort des Denkmals das Prinz-Albrecht-Gelände am Gropius-Bau vorgesehen, die Brache der Terrorzentrale des NS-Staates, die die verschiedenen Berliner Gedenkstätteninitiativen, die sich seit Jahren um das Gelände bemühten, einer Auseinandersetzung mit dem Aspekt der Täter vorbehalten wissen wollten.

Als die Mauer fiel und Lea Rosh ihr Augenmerk auf das Terrain des »Führerbunkers« und der Ministergärten verlegte, verlor sich der Konflikt. Nachdem sich 1992 die Bundesregierung und der Senat von Berlin das Projekt eines Holocaust-Denkmals, wie die Initiative von Lea Rosh bald verkürzend genannt wurde, zu eigen machte, begann das Denkmal, Realität anzunehmen, zumal der Bund ein 20000 m<sup>2</sup> großes Grundstück in unmittelbarer Nähe des Brandenburger Tores zur Verfügung stellte. Einen ersten Kulminationspunkt erreichte das Verfahren 1994/95, als ein als »bedeutendster Architekturwettbewerb nach 1945« deklariertes Auswahlverfahren trotz 528 eingereichten Beiträgen kläglich scheiterte. Begleitet von einer »immerwährenden Debatte«<sup>5</sup> in den Feuilletons, folgten in den nächsten Jahren ein dreitägiges Colloquium und ein neuer Wettbewerb, der zwar ein in der Öffentlichkeit weithin akzeptiertes Ergebnis – das Stelenfeld von Richard Serra und Peter Eisenman – erbrachte, dessen Realisierung jedoch vor der Bundestagswahl im Herbst 1998 durch den hinhaltenden Widerstand des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Eberhard Diepgen, verhindert wurde.

Im Kreis der KZ-Gedenkstätten Bergen-Belsen, Buchenwald, Dachau, Flossenbürg, Neuengamme, Ravensbrück und Sachsenhausen, die sich 1997 mit der Stiftung Topographie des Terrors nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Mahnmal-Debatte in einer bundesweiten Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen hatten, wurde das Denkmal inzwischen als selbstverpflichtendes Zeichen des geeinten Landes begrüßt, dass die Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus ein wesentlicher Bestandteil des deutschen Selbstverständnisses bleiben werde. Freilich blieben Zweifel, ob die Beschränkung der Widmung auf nur eine, wenn auch zentrale Opfergruppe sinnvoll sei und ob die moderne Kunst leisten könne, was das Projekt eines von den Nachkommen der Täter zu errichtenden Opferdenkmals ihr zumutet. Vertreter der Gedenkstätten

betonten, dass ein künstlerisches Zeichen im Zentrum der alten und neuen Hauptstadt nur als Ergänzung zu den bestehenden Einrichtungen der Information und Dokumentation denkbar sei.

Eine völlig neue Wendung nahm die Debatte nach dem Regierungswechsel im Herbst 1998, als Staatsminister Michael Naumann im neugeschaffenen Amt des »Beauftragten der Bundesregierung für Angelegenheiten der Kultur und der Medien« ein von Peter Eisenman ausgearbeitetes »Kombinationsmodell« vorlegte, das das Stelenfeld reduzierte und um ein voluminöses »Haus der Erinnerung« erweiterte, das de facto die deutsche Variante eines »Holocaust-Museums« darstellte. Dies rief den heftigen Widerspruch nicht nur der Gedenkstättenvertreter hervor, stellte doch eine zentrale Institution, die sich an vergleichbaren Einrichtungen in den USA und in Israel messen lassen musste, das historisch gewachsene dezentrale Gedenkstättennetz und ihre aus der Einheit von Tatort, Tat und Täter resultierende pädagogische Kraft und gesellschaftspolitische Ausstrahlung insgesamt in Frage. Denn trotz gegenteiliger Beteuerungen hätten die Gedenkstätten notwendigerweise im Schatten einer modernen und leistungsfähigen Institution im Zentrum Berlins gestanden.

Bekanntlich hat der Bundestag in seinem Beschluss vom 25. Juni 1999 die Idee eines zentralen Museum verworfen und sich stattdessen für das verkleinerte Eisenman-Stelenfeld ausgesprochen, allerdings ergänzt um einen »Ort der Information«, der nicht zuletzt die Aufgabe haben soll, auf die bestehenden Gedenkstätten insbesondere in Berlin und Brandenburg zu verweisen. Auch wenn bis heute niemand weiß, wie der »Ort der Information« exakt aussehen wird, scheint es, als könnten die Gedenkstätten mit dem Ergebnis des Berliner Denkmalstreits zufrieden sein, zumal das inzwischen vorgelegte neue Gedenkstättenkonzept der Bundesregierung die Bundesförderung für die Gedenkstätten verstetigt und auf die bedeutenden Gedenkstätten in Westdeutschland ausgeweitet hat.

Wenn man jedoch die durch das Holocaust-Denkmal veranlasste, über ein Jahrzehnt währende Debatte, eine »historisch-politische Selbstverständigung der Berliner Republik«<sup>6</sup>, und ihren unübersichtlichen Verlauf näher analysiert, deuten sich erinnerungspolitische Verwerfungen von weitreichender Tragweite an. Für Klaus Hartung ist die Debatte gar »bedeutender als der Historikerstreit«. Der endete in der Blockade zwischen politischer Korrektheit und Geschichtsrevisionismus. Der Mahnmalstreit hingegen sprengte das Links-Rechts-Schema.«<sup>7</sup> Auch wenn es wohl nicht der Mahnmalstreit war, der die Frontlinien des Kalten Krieges aufbrach, sondern dessen Ende 1989/90, so zeigen sich die Folgen, die die Implosion des politischen Koordinatensystems zeitigte, auch auf dem Feld der Geschichtspolitik.

Die Neutralisierung des Rechts-Links-Schemas wurde daran sichtbar, dass sich ein linksliberaler Konsens der Intellektuellen für einen »Stachel im Fleisch der Hauptstadt« (Christian Meier)<sup>8</sup> im Verlauf der Debatte zersetzte. Dabei lagen der »linke« Argwohn, das Denkmal könne zu einem »Gründungsopfer der wiedervereinigten Nation«<sup>9</sup> umfunktioniert werden, und die »rechte« Aversion gegen eine »Maßlosigkeit«<sup>10</sup> des Gedenkens nahe beieinander und wurden nahezu austauschbar. Diese politisch uneindeutige Ambivalenz in der Ablehnung des Projektes hat Uwe Schmitt treffend als das in der prekären Denkmalstiftung selbst begründete Dilemma eines »Akt(es) der Selbstversicherung durch Selbstverstümmelung«<sup>11</sup> beschrieben.

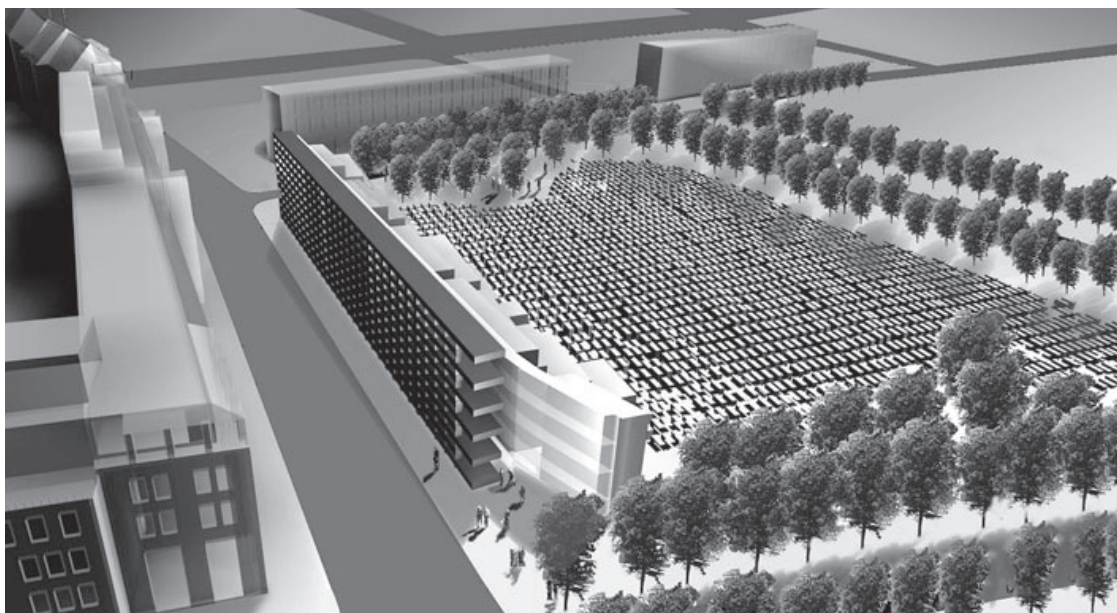
Diese verschieden motivierte negative Grundhaltung gegen das Projekt wurde erstmals in der vernichtenden Resonanz auf den Wettbewerb von 1994/95<sup>12</sup> deutlich, als



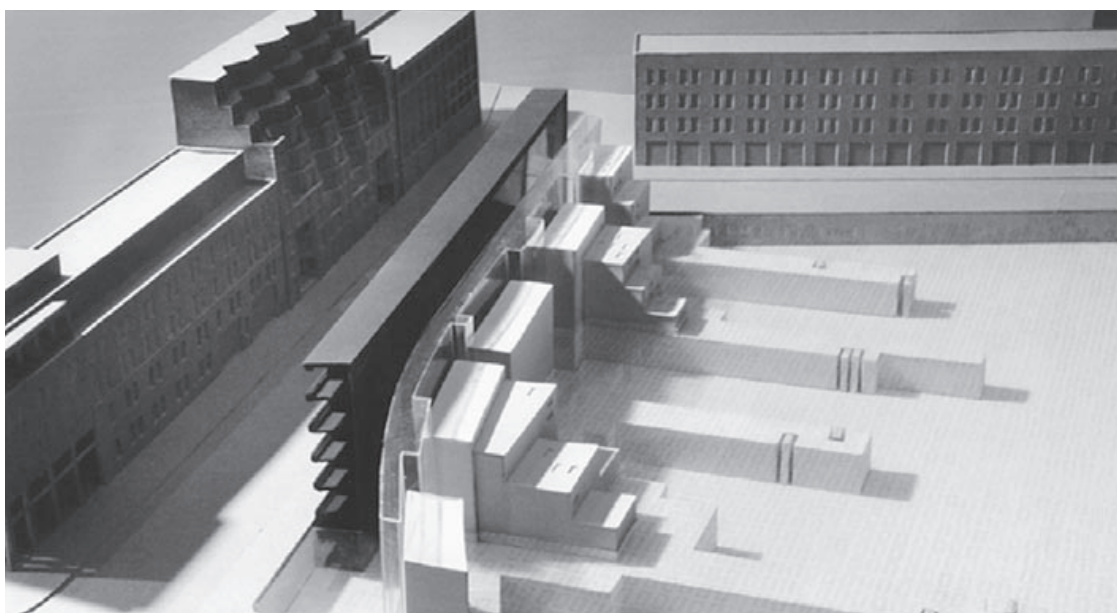
*Dachsanierung des Wachturms an  
der Nordspitze des Lagerdreiecks im  
ehemaligen KZ Sachsenhausen.  
Hier wird eine kleinere Ausstellung  
zum Thema »Oranienburg und  
das Konzentrationslager« gezeigt.  
Foto: Stiftung Brandenburgische  
Gedenkstätten*



Abbildung des 1. Modells von Peter Eisenman für das Denkmal für die ermordeten Juden Europas, 1998.  
Foto: Senatsverwaltung für Bauen, Wohnen und Verkehr, Berlin



Modell des Hauses der Erinnerung von Peter Eisenman. Ansicht von Westen aus der Behrenstraße/ Ebertstraße, links die geplante US-Botschaft, 1999.  
Foto: Visum/W. Stache



Peter Eisenmans »Haus der Erinnerung« mit rechts anschließenden unterirdischen Gängen, die in das Stelenfeld des Denkmals führen (Modell), Ansicht von Südwesten, 1999.  
Foto: Visum/W. Stache

sich eine Flut von Håme und Spott über die eingereichten Beitråge ergoss, die im ehemaligen Staatsratsgebåude ausgestellt wurden. »Fiasko«<sup>13</sup> und »Flop«<sup>14</sup> waren noch die mildesten Urteile, wo von »Parcours der Peinlichkeiten«<sup>15</sup>, »Schreckenskammer des Gedenkitsches«<sup>16</sup>, von der »pharaonischen Selbstfeier des »guten Deutschen««<sup>17</sup> oder gar vom »Terror des Megalomanen«<sup>18</sup> die Rede war. Ein »wahres Pandåmonium deutscher Erfindungswut«<sup>19</sup> sahen andere Kritiker in den ausgestellten Entwurfen oder eine »große Jederkann-mitmachen-Schau des schlechten Gewissens und der pråtentiösen Ratlosigkeit«<sup>20</sup>.

Besonders der von der Jury mit einem von zwei vergebenen 1. Preisen bedachte Beitrag einer Berliner Künstlergruppe um Christine Jakob-Marks war das bevorzugte Ziel håmischer Attacken. Die rund 100 x 100 Meter groÙe, schråg über den Boden hinausragende Betonplastik, in die die Namen der ermordeten Juden – soweit verfügbare – eingraviert werden sollten, wurde als »gigantische Platte« und »modernes Pharaonengrab«<sup>21</sup>, als »Monstrositåt«<sup>22</sup>, »Zehntausend-Quadratmeter-Grabplatte«<sup>23</sup>, »Berliner Mega-Grabplatte«<sup>24</sup>, »pråmierter Monumentalismus«<sup>25</sup> und »Zentralmassiv des Gedenkens«<sup>26</sup> verunglimpft. Bezeichnend für die Verschiebung innerhalb des Gedenkdiskurses war, dass Walter Jens, der Vorsitzende der Wettbewerbsjury, und andere Befürworter der ersten Stunde sich 1998 von dem Vorhaben distanzierten<sup>27</sup> und in den verunglimpfenden Spott einstimmten (»makabres Reichssportfeld«, »teutonisches Kolosseum«<sup>28</sup>).

Unzweifelhaft waren die Ergebnisse des Wettbewerbs enttåuschend, oft geradezu peinlich, und sicherlich war die »Grabplatte« durch ihre christliche Symbolik und die von anderer Seite aufgebrachte Idee, die Eingravierung der Namen durch Spenden zu finanzieren (»Ablasshandel«), ein verfehlter Ansatz. Irritierend war jedoch, dass bei aller berechtigten Kritik häufig ein aggressiver Ton, eine bösartige Håme mit zu schwingen schien, die über das Ziel hinausschoss und die gesamte Erinnerungskultur – die »Bewåltigungsprofis«<sup>29</sup> – treffen sollte.

Besonders aufschlussreich in dieser Hinsicht sind die Argumentationsketten, die Dieter Bartetzko in der FAZ konstruierte. Die verstärkte öffentliche Auseinandersetzung mit dem Holocaust seit Mitte der achtziger Jahre ist für ihn das Indiz einer »Springflut der Zerknirschung«.<sup>30</sup> Der Holocaust habe sich zum »Trauma der Deutschen« entwickelt, das zu psychopathologischen Überreaktionen – »Zwangshandlungen, fixen Ideen, Erstarrung«<sup>31</sup> – führe. Die vorläufige Klimax dieses Befundes stelle das Berliner Mahnmalprojekt dar, jene »Attacke fanatisch Gedenkender«. Dieser Fanatismus mache »anfällig für den Rigorismus derer, an deren Verbrechen erinnert werden soll«. Des weiteren rückt er das »erschlagend monumentale Denkmal«<sup>32</sup> in die Nåhe des architektonischen Gigantismus eines Albert Speer. Diese infame Parallelisierung ist kein Einzelfall. Da werden die »Zentralisierung des Gedenkens« mit »Begråbnis-Großveranstaltungen, die Goebbels inszenierte«<sup>33</sup>, verglichen und das angeblich in den USA gelåufige Diktum kolportiert, wonach die Deutschen »in der Debatte ihrer früheren Barbarei längst schon perfekter seien als in der Menschenjagd«<sup>34</sup>. Die Pointe dieser Argumentation läuft auf ein Plådoyer für ein Weniger an Erinnerung im Dienst der Erinnerung hinaus, denn sonst drohe der von Lea Rosh' Denkmalinitiative »ausgelösten Emotionsflut auf Seiten der Nation die Ebbe der Gleichgültigkeit«<sup>35</sup>, ein »Überdruß am Mahnen«<sup>36</sup>. In diesen Kontext fügt sich Martin Walsers Rede von der »Dauerrepråsentation der Schande« und seine Polemik gegen »die Betonierung des Zentrums der Hauptstadt mit einem fußballfeldgroßen Albtraum«<sup>37</sup> nahtlos ein, ja, Walsers Attacke gegen die deutsche Erinnerungskultur ist ohne diesen Kontext kaum denkbar.<sup>38</sup>

Das Pendant dieser rechtskonservativen Aversion gegen das Denkmal bildete die irritierende Absage von sozialdemokratischer Seite durch den designierten Kulturbefauftragten Michael Naumann im Wahlkampf-Sommer 1998, die als Bruch »mit der Erinnerungstradition der Sozialdemokratischen Partei« interpretiert worden ist und die eigentliche Auflösung alter Frontlinien markiert, denn nun habe »das Vergessen einen machtvollen und überraschenden Verbündeten gewonnen«<sup>39</sup>. Vielleicht, wurde gemutmaßt, stehe hinter den sozialdemokratischen »Mahnmal-Pirouetten« die Überlegung: »Da die Generation Kohl, die es nötig hatte, das Denkmal nun akzeptiert, brauchen wir, die junge Republik, es im Grunde nicht mehr.« Schon suchte die »Welt« den nationalen Schulterschluss für eine »Überwindung des linken Nationalmasochismus« und für »eine entschiedene Absage an eine altbundesrepublikanische Geisteshaltung«<sup>40</sup>.

Zwar revidierten die inzwischen in der Regierungsverantwortung angekommenen Sozialdemokraten ihre Ablehnung des Denkmals, aber auch diese Revision irritierte durch ihre grundsätzliche Abkehr von dem für die deutsche Erinnerungskultur prägenden dezentralen Netzwerk authentischer Orte. Der Orientierung an amerikanischen Vorbildern beim musealen »Kombinationsmodell« haftete zudem das Odium an, hier wolle die »Täternation« ihre Sonderrolle abstreifen und den Anschluss an die internationale Gemeinschaft der »Holocaust education« finden.

Auch wenn diese fatale Fehlentwicklung durch die Bundestagsentscheidung vom Sommer 1999 vorläufig abgewendet wurde, sind die negativen Auswirkungen der Denkmaldebatte für die Gedenkstätten bereits spürbar. Sie hat ihnen öffentliche Aufmerksamkeit entzogen und in den Medien vielfach einen ironisch-abschätzigen Ton etabliert, der anzeigt, dass die einst verlässliche Solidarität eines linksliberalen Milieus geschwunden ist. Der Lackmustest über die bundesdeutsche Erinnerungskultur im 21. Jahrhundert steht noch aus. Denn es muss sich erst zeigen, ob das Berliner Denkmal sich in das bestehende Gedenkstätten-Netzwerk einfügt, indem der »Ort der Information« tatsächlich die im Bundestagsbeschluss festgeschriebene und von Repräsentanten der Denkmalstiftung beschworene »Portalfunktion« erhält, die die Denkmal-Besucher auf die authentischen Orte und ihr Informationsangebot verweist. Darüber hinaus muss in den Gedenkstätten selbst umgesetzt werden, was das zentrale Denkmal indiziert, nämlich dass das geeinte Deutschland den Nationalsozialismus als Teil seiner Geschichte und die Erinnerung an die Verbrechen als bleibende Aufgabe angenommen hat.

Konkret bedeutet dies, dass die Gedenkstätten über ihre Funktion als Friedhöfe der Völker Europas hinaus zu modernen und leistungsfähigen zeithistorischen Museen weiterentwickelt und ausgebaut werden müssen, die ihre Informations-, Bildungs-, und Forschungsaufgaben in vollem Umfang erfüllen können. Dabei nimmt der Erhalt der historischen Zeugnisse und Relikte einen besonderen Stellenwert ein, denn sie werden in Zukunft, wenn lebendige Zeitzeugen nicht mehr über ihre Erlebnisse berichten können, als sinnlich-anschauliche Quellen und Beweise, dass es geschehen ist, dienen. Dieses Verschwinden lebendiger Zeitzeugenschaft ist im übrigen der eigentliche Paradigmenwechsel in der Überlieferung der historischen Erfahrungen des 20. Jahrhunderts von totalem Terror und industriellem Massenmord, die aus der Mitte einer modernen, zivilisierten Gesellschaft hervorgegangen sind und wiederholbar bleiben.

Darüber hinaus darf die Geschichte des Nationalsozialismus nicht an die Gedenkstätten oder spezielle Museen delegiert werden, was einer Exterritorialisierung einer »bösen« Episode aus der insgesamt »guten« Nationalgeschichte gleichkäme. Übergreifende

Dr. Horst Seferens,  
Mitherausgeber:  
*Der Denkmalstreit – das  
Denkmal? Die Debatte  
um das »Denkmal für  
die ermordeten Juden  
Europas«, Berlin 1999,  
ist Pressesprecher der  
Stiftung Brandenbur-  
gische Gedenkstätten*

historische Museen – vom Deutschen Historischen Museum bis zu den Regionalmuseen – müssen die NS-Zeit in ihre Darstellung integrieren. In den großen, zentralen Geschichtsmuseen wäre auch der Ort, wo der nationalsozialistische Völkermord, der ja nicht in den Konzentrationslagern des Reichsgebietes exekutiert worden ist, in seiner Gesamtheit dokumentiert werden müsste. Erst wenn das Denkmal Wirklichkeit geworden sein wird und wir einige Jahre lang Erfahrungen mit ihm sammeln konnten, wird man sagen können, ob es eher eine »Blockade der Erinnerung«<sup>41</sup> bewirkt oder die »Unabgeschlossenheit der Erinnerung«<sup>42</sup> befördert hat.

- 1 Vgl. Bernhard Schulz: Kein Konsens im Land der Menschenketten, in: Christoph Stölzl (Hg.): Die Neue Wache Unter den Linden. Ein deutsches Denkmal im Wandel der Geschichte, Berlin 1993, S. 172ff.
- 2 Vgl. GedenkstättenRundbrief Nr. 14, S. 5
- 3 Zit. nach Stölzl, S. 193
- 4 Vgl. Ute Heimrod, Günter Schlusche, Horst Seferens (Hg.): Der Denkmalstreit – das Denkmal? Die Debatte um das »Denkmal für die ermordeten Juden Europas. Eine Dokumentation, Berlin 1999 (zit. Dokumentation)
- 5 FAZ v. 19. 2. 1999, Dokumentation S. 1248
- 6 FAZ v. 26. 8. 1998, Dokumentation S. 1127
- 7 Die Zeit v. 20. 8. 1998, Dokumentation S. 1098
- 8 Der Tagesspiegel v. 23. 1. 1998, Dokumentation S. 996
- 9 Tageszeitung v. 12. 8. 1998, Dokumentation S. 1090
- 10 FAZ v. 9. 12. 1996, Dokumentation S. 559
- 11 FAZ v. 30. 1. 1998, Dokumentation S. 1008
- 12 Vgl. Dokumentation S. 273ff.
- 13 FAZ v. 22. 9. 1995, Dokumentation S. 484
- 14 Der Spiegel v. 24. 11. 1997, Dokumentation S. 958
- 15 Der Spiegel v. 10. 11. 1997, Dokumentation S. 930
- 16 Berliner Zeitung v. 14. 11. 1997, Dokumentation S. 931
- 17 Freitag v. 28. 7. 1995, Dokumentation S. 477
- 18 FAZ v. 27. 1. 1997, Dokumentation S. 640
- 19 Der Spiegel v. 24. 8. 1998, Dokumentation S. 1104
- 20 Der Spiegel v. 25. 1. 1999, Dokumentation S. 1226
- 21 Berliner Zeitung v. 18. 7. 1995, Dokumentation S. 473
- 22 FAZ v. 22. 9. 1995, Dokumentation S. 484
- 23 Freitag v. 28. 7. 1995, Dokumentation S. 476
- 24 FAZ v. 27. 9. 1995, Dokumentation S. 485
- 25 FAZ v. 9. 12. 1996, Dokumentation S. 591
- 26 Tageszeitung v. 27. 6. 1995, Dokumentation S. 439
- 27 Vgl. Tagesspiegel v. 4. 2. 1998, Dokumentation S. 1014
- 28 Walter Jens, FAZ v. 7. 2. 1998, Dokumentation S. 1017
- 29 FAZ v. 20. 3. 1995, Dokumentation S. 414
- 30 FAZ v. 9. 12. 1996, Dokumentation S. 591
- 31 FAZ v. 27. 1. 1997, Dokumentation S. 640
- 32 FAZ v. 13. 11. 1996, Dokumentation S. 559
- 33 Freitag v. 28. 7. 1995, Dokumentation S. 477
- 34 FAZ v. 30. 1. 1998, Dokumentation S. 1008
- 35 FAZ v. 9. 12. 1996, Dokumentation S. 592
- 36 FAZ v. 13. 11. 1996, Dokumentation S. 560
- 37 FAZ v. 12. 10. 1998, Dokumentation S. 1145
- 38 Am deutlichsten hat Rudolf Augstein diese nationalistisch motivierte Aversion formuliert: »Man ahnt, daß dieses Schandmal gegen die Hauptstadt und das in Berlin sich neu formierende Deutschland gerichtet ist« (Der Spiegel v. 30. 11. 1998, Dokumentation S. 1175)
- 39 Die Zeit v. 13. 8. 1998, Dokumentation S. 1091
- 40 Die Welt v. 30. 7. 1998, Dokumentation S. 1081
- 41 Hans-Ernst Mittag, Dokumentation S. 1009
- 42 Rita Süßmuth, Dokumentation S. 991